

# Gegenwind für die Windkraft

## Erfolgreicher Paderborner Kreis-CDU-Antrag beim Bundesparteitag in Hamburg

Kreis Paderborn (VV). Die Privilegierung von Windkraftanlagen im Baurecht soll abgeschafft werden. Ein entsprechender Vorstoß des CDU-Kreisverbandes wurde jetzt beim CDU-Bundesparteitag in Hamburg angenommen. In der Praxis würde dies mehr Mitspracherecht für die Kommunen bedeuten.

Als ein richtungsweisendes Signal für mehr Bürgerfreundlichkeit und Sozialverträglichkeit beim Ausbau von Windenergie im Kreis Paderborn bezeichnet der CDU-Kreisvorsitzende Christoph Rütter diesen erfolgreichen Vorstoß des Kreisverbandes beim CDU-Bundesparteitag. Mit deutlicher Mehrheit hatten die Delegierten des Parteitages für die Annahme des Antrages votiert.



Christoph Rütter freut sich über das Votum.

Rütter sieht in der zunächst auf Parteiebene beschlossenen Abschaffung der umstrittenen Privilegierung des Windenergieausbaus eine Befriedung für alle in diesem Thema agierenden Akteure. »Wenn die Planungshoheit für Windenergiegebiete und Einzelanlagen erst wieder bei den Städten und Gemeinden liegt, ist endlich eindeutiges Planungsrecht geschaffen.« Durch die bisherige Rechtsunsicherheit seien in den vergangenen Jahren leider auch viele Befürworter alternativer Energieformen verprellt und zu Windkraftgegnern geworden. Rütter macht dabei deutlich: »Ich verstehe diesen neuen Beschluss keinesfalls als Abkehr von der Windkraft als eine der notwendigen alternativen Energien, sondern als eine längst überfällige Korrektur.«

Der Kreis Paderborn sei über mehr als zwei Jahrzehnte Vorreiter für die industrielle Nutzung der Windkraft und habe bundesweit Zeichen gesetzt gegen die Abhängigkeit von Energieimporten oder Atomkraft. »Jetzt geht es aber darum, die ohnehin fragiler gewordene Akzeptanz der Bürger für weitere Windkraftanlagen über die bereits vorhandenen mehr als 480 hinaus zu deckeln. Und deshalb gehört die Planungshoheit in die Hände der Kommunen und ihrer Ratsvertreter vor Ort.«

Die noch zwischen den Koalitionspartnern in Berlin auf höchster Parteiebene und in den beiden

Bundestagsfraktionen abzustimmenden Details könnten künftig auch andere geeignete Regionen in Deutschland zum Ausbau von der Windenergie beflügeln, ihnen Rechtssicherheit geben und sie vor Schaden bewahren.

»Die Abschaffung der planungsrechtlichen Bevorzugung der Windenergie ist eine jahrelange Forderung unseres CDU-Kreisverbandes Paderborn. Die Umsetzung scheiterte bislang aber immer am Widerstand des Koalitionspartners«, zieht der langjährige CDU-Kreisvorsitzende Karl-Heinz Wange Bilanz. Zusammen mit Kevin Gniosdorff (JU) hatte Wange als Delegierter beim Bundesparteitag den Antrag gestellt und vor allem mit der Wiedergewinnung des sozialen Friedens in den Städten und Dörfern begründet. »Sozial verträglicher und bürgerfreundlicher Windenergieausbau kann erfahrungsgemäß nur gelingen, wenn die Planungshoheit wieder bei den Kommunen liegt. Wir müssen verhindern, dass Gerichte anstelle der Kommunalpolitiker entscheiden müssen, wo Windräder gesellschaftlich konsensfähig gebaut werden dürfen.« Wange hatte die von der Antragskommission des Bundesparteitages eigentlich gewünschte Überweisung seines Antrages an die CDU/CSU-Fraktion als »Beratung 1. Klasse« bezeichnet, die gar nichts bringe. Dafür erntete er in Hamburg von den Delegierten viel Applaus und überraschend viel Zustimmung.



Die Privilegierung von Windkraftanlagen im Baurecht soll abgeschafft werden. Den Kommunen soll mehr Mitspracherecht eingeräumt werden, ist das Ziel eines CDU-Vorstoßes aus dem Kreis Paderborn beim Bundesparteitag gewesen. Fotos: Besim Mazhiqi